

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer



55. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 P., monatlich 22 P., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 13. November 1917

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergütungsinserate usw.: 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 132

## Aus dem Inhalte dieser Nummer:

**Kritik:** Was man nicht deklinieren kann ...

**Korrespondenzen:** Barmen-Elberfeld. — Berlin (Sch.). — Borna. — Dresden. — Gießen. — Halberstadt. — Hamburg. — Nürnberg (M. S.). — Heidelberg. — Leipzig. — Mannheim. — Nürnberg. — Würzburg.

**Anzeigen:** Von Buchdruckern im Kriege. — Nachahmensewerte Beispiele. — 50 Jahre Festschrift der Reclamischen Universitätsbibliothek. — Festschrift von Zeitungen. — Drucker Adolf Wagner. — Klaffenbewährte Techniker. — Volksbund für Freiheit und Vaterland. — Ausdehnung der Genjur. — Von der „Volksfürsorge“. — Vom Leipziger Konsumverein. — Die teuersten und die billigsten Städte. — Rundgebung des deutschen Wohnungsausschusses.

## Was man nicht deklinieren kann ...

Die Beratungen des Tarifausschusses haben eine Überfülle von Stoff geboten. Wir bemerkten deshalb im Schlusswort unserer Betrachtungen (Nr. 130), die prinzipiellen Punkte scheinen in den Versammlungen etwas zu kurz gekommen zu sein. Eine vorbehaltlose Verallgemeinerung war damit nicht beabsichtigt. Vielleicht ist durch unsere eingehendere Behandlung des ersten Tagesordnungspunktes auch schon das Gleichgewicht hergestellt. Bei dieser Durchleuchtung des großen Komplexes der von dem Geschäftsführer des Tarifamtes angeknüpften und in der Generaldiskussion mehr oder weniger ausführlich behandelten Fragen haben wir hervorgehoben, wie peinlich die Prinzipalität über jeden Fall von — lagen wir einmal — Gehilfeninsubordination urteilt. Das Anklagematerial von Heidelberg war groß, größer aber noch das Ersauern auf Prinzipalsseite, wie nach den Verteidigungsreden unserer Fraktion die Mehrzahl der Anklagepunkte als abgetan betrachtet werden mußte. Es verblieben lediglich die Fälle Berlin, Elberfeld und Hannover. Daß nicht mit der nötigen Sorgfalt bei der Anklageerhebung verfahren worden ist, wurde selbst von Prinzipalsseite zugegeben. Der Fall Stuttgart ist charakteristisch dafür; eine starke Sache fürwahr. Nachdem dann die Übergriffe aufgezählt worden waren, die aus Prinzipalskreisen zu verzeichnen sind, konnte das europäische Gleichgewicht als wiederhergestellt angesehen werden. Die von beiden Seiten später abgegebenen Erklärungen sind als Garantie zu betrachten, daß ein jeder Teil nicht mehr über seine Befugnisse hinausgeht.

Ein Punkt rutschte aber loszulegen durch. Aber die in Heidelberg beschlossene Revision des Druckpreistarifs war so manches den Prinzipalen nicht genehme Wort gesagt worden. Man bestriff, hier eigenmächtig gehandelt zu haben. Es bestände eine falsche Auffassung darüber bei uns. Der Bericht in der „Zeitschrift“ gäbe die Angelegenheit ungenau wieder usw. Damit glaubte man aus der unbehaglichen Situation heraus zu sein, ohne etwas Positives gesagt zu haben. Die Druckpreiserhöhung aber wurde dann korrekt zu einer Sache des Tarifausschusses gemacht, ihr von der Gehilfenvertretung einstimmig zugestimmt, und von uns in Nr. 130 dieser unverkennbaren Notwendigkeit extra noch volle Sympathie bezeugt. Das Tarifamt hat also bald die Presse mobilisiert, um für diese Sache die Einsicht der Öffentlichkeit zu gewinnen.

Die Druckpreiserhöhung ist so zu einer tariflichen Angelegenheit gemacht worden und prinzipiell nichts weiter darüber zu sagen. Mit der Revision des Druckpreistarifs soll es trotz der Berliner Aussprache aber anders gehandhabt werden. Die am 1. November erschienene Nr. 80/81 der „Zeitschrift“ enthält an der

Spitze eine Bekanntmachung des Berechnungsamtes des Deutschen Buchdruckervereins. Darin wird auf die von der Heidelberger Tagung angenommene, vom Vorstande der Prinzipalsorganisation beantragte Entschliebung für die Vornahme einer Revision des Druckpreistarifs Bezug genommen, vom Zusammentritt einer Preistarifkommission Mitteilung gemacht und an alle tariffreien Prinzipale die Aufforderung gerichtet, Verbesserungsvorschläge einzulenden; der Vorstand des Deutschen Buchdruckervereins sei durch die Heidelberger Tagung ermächtigt worden, den revidierten Preistarif spätestens am 1. Januar n. J. in Kraft zu setzen. Ein Artikel über die Vorstandssitzung in Berlin behandelt ebenfalls diese Angelegenheit und gibt die Zusammensetzung der Preistarifkommission an.

Diese Veröffentlichungen sind nach der Tarifausschussung erfolgt. Wenn nicht die tariffreien Buchdruckereien in ihrer Gesamtheit zur Einreichung von Vorschlägen für die Abänderung dieser oder jener Bestimmung ersucht sein würden — dies aber nicht in der Hervorhebung wie hier, sondern nur nebenbei —, müßte man annehmen, der Druckpreistarif und seine Revidierung seien lediglich eine den Deutschen Buchdruckerverein angehende Sache.

Es ist bekümmend, daß man nach Berlin noch nicht die richtige Form gefunden hat für die Behandlung dieser wichtigen Angelegenheit, denn mit der gedachten Aufforderung an alle tariffreie Buchdruckereien ist sie nicht gewahrt. Der Deutsche Buchdruckerverein hat im Jahre 1908 eine Denkschrift über „Das Deutsche Buchdruckgewerbe, seine Organisations-, Arbeits-, Lohn- und Preisverhältnisse“ herausgegeben, die ein sehr beachtenswertes Dokument für alle Zeit darstellt. Den dritten Teil darin bildet der Buchdruckpreistarif. Auf dem Titel befindet sich der Vermerk „unter Mitwirkung der Tariforgane festgestellt“. Im Vorworte wird gesagt, eine Kommission hätte den Auftrag erhalten, „unter Mitwirkung aller deutschen Buchdruckereibesitzer und unter Zuziehung von Vertretern der Gehilfenschaft einen Deutschen Buchdruckpreistarif auszuarbeiten“. Nachdem findet die Ausführung dieses Auftrags Erwähnung, und mit Genugtuung heißt es: „Der Deutsche Buchdruckpreistarif ist somit tatsächlich ein unter der prüfenden und beratenden Teilnahme aller Berufsgenossen Deutschlands entstandenes Werk“. Ausdrücklich wird gesagt, daß der Entwurf auch „den noch außerhalb des Vereins stehenden Kollegen zur Prüfung vorgelegt“ worden sei. In dem Tarifkommentar von 1908 befindet sich auf Seite 275 als Siffer 22 ein Passus des Tarifamtes, daß der Deutsche Buchdruckpreistarif, „dessen Bestimmungen vom Deutschen Buchdruckerverein unter Mitberatung von Gehilfenvertretern und unter Mitwirkung der Tariforgane aufgestellt worden sind“, die Grundlage für die Verhandlungen und Beschlüsse der Ehrengerichte bildet. Auf Seite 74 des noch geltenden Tarifs wird am Schlusse des Abschnitts über die Beschwerverbänder und das Zentralbeschwerdeamt ebenfalls gesagt, daß der Druckpreistarif die Grundlage für die Verhandlungen und Beschlüsse dieser Instanzen bildet, wozu laut Siffer 10 auf Seite 73 auch das Tarifamt und eine näher bestimmte Vertretung der Gehilfen gehört.

Der Druckpreistarif hat bis auf den heutigen Tag mancherlei Anfechtung erfahren aus Prinzipalskreisen. Er wird von gewissen Firmen immer

noch als das bloße Werk und die alleinige Angelegenheit des Deutschen Buchdruckervereins betrachtet. Das ist ein durchsichtiges Manöver. Wenn aber die Revision nach einer andern Methode vor sich geht als die Schaffung des Druckpreistarifs, dann gibt man diesen Leuten eine Waffe in die Hand, von der sie reichlich Gebrauch machen dürfen. Auf der Berliner Tagung ergab sich, daß das Tarifamt von der Vornahme einer Revision des Druckpreistarifs nicht mehr wußte als das, was darüber in der „Zeitschrift“ zu lesen stand als Bericht von der Heidelberger Tagung. Der Geschäftsführer Schliebs kennzeichnete das deutlich. Von der Gehilfenvertretung, die ebenso ununterrichtet geblieben war, wurde auch manch kräftiges Würlein beigeleuert zur Illustrierung einer solchen Eigenmächtigkeit.

Soviel wir wissen, stehen die Dinge jetzt noch so! Da nun in dieser Angelegenheit die Zeit drängt, erscheint die Anfrage berechtigt, ob es nach der Heidelberger Methode weitergehen soll, oder ob die Revision noch unter Wahrung der Formen stattfinden wird, die man vordem als den richtigen Weg förmlich gepriesen hat. Wir nehmen an, daß die Tariforgane wie die Gehilfenschaft sich nicht als bloße Zustimmungsinstrumente in letzter Minute, am 31. Dezember wohl gar, behandeln wollen. Die ersteren haben als rechtsprechende Instanzen auch in Preistarifangelegenheiten und die letztere als der eventuell die Erkläre bildende Teil begründetes Anrecht, beizeiten gehört zu werden.

Mit einer Revision des Druckpreistarifs kann es ebenso kommen, wie mit gründlichen Revidierungen des Lohntarifs manchmal schon fast Neues geschaffen wurde. Ob aber umfassende Änderungen geplant sind, wie es nach beinahe allen, etwas pomphaft klingenden Verlautbarungen angenommen werden kann, oder der Begriff Revision hier zu weit greifen würde, ist nicht das Wesentliche, sondern die Respektierung der andern Teile des Gewerbes, sofern sie nicht grundsätzliche Gegner der preistariflichen Ordnung sind, wird verlangt. Die Tariforgane und die Gehilfenschaft sind nicht Vassallen des Deutschen Buchdruckervereins, sondern Faktoren, denen man nicht mit der Geste für ungebetene Leute kommen darf, um sie dann in Stunden der Raslosigkeit gern als Verbündete zu holen.

Die Berliner Tagung hat es wieder in aller Deutlichkeit gezeigt, wie die Prinzipale mit Argusaugen darüber wachen, daß die Gehilfen auch nicht um eine Achselpeitsch vom Zugendpfade der tariflichen Ordnung abweichen, es werden eher noch Fälle willkürlich konstruiert, als über Tatsächlichkeiten hinweggesehen — nun ist es an uns, peremptorisch zu erklären: Hic Rhodus, hic salta!

Noch etwas andres. In dem Prinzipalsorgan wurden ganz kürzlich vom Deutschen Buchdruckervereine zwei neue Posten in der Hauptgeschäftsstelle ausgeschrieben. Der eine der geluckten Beamten soll die Bearbeitung sozialer und lohn tariflicher Angelegenheiten übernehmen. Deshalb wird von ihm vollste Bewandlung namentlich in lohn tariflichen Fragen verlangt. Das macht fast den Eindruck, als sollte in Leipzig eine Zweigstelle des Tarifamtes errichtet werden. Es wurde ja in Berlin in einem andern Zusammenhange von einer wünschenswerten Entlastung der tariflichen Zentrale gesprochen. Da aber eine Dezentralisierung in Tarifangelegenheiten

ausgeschlossen sein muß, kann man sich den Zweck der Abzug nicht gut vorstellen. Es liegt uns fern, in die Angelegenheiten des Deutschen Buchdruckervereins hineinzureden, auch sind wir nicht von der Neugierde geplagt. Doch wissen möchten wir, was die Prinzipalstellung wohl sagen würde, wenn der Verband für sein Bureau auf dem Chamissoplatz einen Beamten durch den „Korr.“ suchen würde zum ausgesprochenen Zwecke der Bearbeitung von lobenswerten Angelegenheiten! Das Tarifamt hat wohl schwerlich eine Entlastung begehrt, und eine solche aufzudrängen, würde nicht den Eindruck absichtsloser Hilfsbereitschaft zu erwecken vermögen. Es ist nicht unsere Schuld, daß Heidelberg manchen Rest, peinlich zu fragen, hinterlassen hat . . .

### □ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

**Barmen-Eberfeld.** Am 4. November fand im „Hotel Segelich“ in Unterbarmen eine allgemeine Buchdrucker-versammlung statt, die von tarifreuen Gehilfen von Barmen, Eberfeld und den umliegenden Druckorten gut besucht war. Gehilfenvertreter Albrecht (Sohn) berichtete über die Verhandlungen des Tarifausschusses, um in einigender Weise die Schwierigkeiten zu schildern, die zu bewältigen waren, um zu einem einigermaßen befriedigenden Ergebnisse zu kommen. Dem Referenten wurde lebhafter Beifall zuteil. In der sich anschließenden kurzen Diskussion erklärte man sich im allgemeinen mit den Beschlüssen einverstanden. Mit Worten des Dankes an Kollegen Albrecht und einem Hoch auf die Solidarität wurde die Versammlung geschlossen.

**Berlin.** Verein der in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. In unserer Versammlung am 28. Oktober wurde zunächst eines gefassten Kollegen und einer verstorbenen Arbeiterin in ehrender Weise gedacht. Die Personale der drei großen Berliner Schriftgießereien Verhoff, Gurlich und Woellmer hatten die Firmen beim Gewerbeamt verklagt, um eine prinzipielle Entscheidung herbeizuführen wegen Abzugs der Feuerungszulagen für den dritten Pfingsttag, an dem nicht gearbeitet wurde. In der Verhandlung wurde die Klage damit begründet, daß bei der Freigabe dieses Tages seitens der Firmen nichts von einem Abzug erwähnt worden sei. Daß für den Tag kein Arbeitslohn bezahlt werden würde, wußten die Personale, nicht aber, daß die schon so gering bemessene wöchentliche Feuerungszulage noch gekürzt würde; ferner war zu berücksichtigen, daß der allergrößte Teil der Kläger, aus „Hilfsarbeitern“ bestehend, wobei es gleichgültig war, wieviel der einzelne in der Woche leistet. Erfahrungsgemäß bemüht sich jeder, einen lebenden Tag wieder einzuholen. Schließlich wurde noch geltend gemacht, daß das Geschäft durch den lebenden Tag keinen Schaden erleiden hätte, und daß überdies die Zulage des Direktors der Verhoff'schen Firma vorgelegen habe, daß ein lebender Tag nicht abgezogen würde. Der Abzug widerspreche dem Prinzip der Feuerungszulagen, nach welchem der Wenigstverdienende die höhere Zulage erhält. Durch Einbuße von zwei Arbeitstagen in der Pfingstwoche seien aber alle Beteiligten in die Lage der Wenigstverdienenden gekommen und hätten demnach erst recht Anspruch auf die volle Feuerungszulage. Die Prinzipale hatten Abweisung der Klage beantragt mit der Begründung, daß sie nicht zugeben könnten, daß die Arbeiter ein Recht zu haben glauben, die Feuerungszulage für diesen Tag zu verlangen, die Fälle könnten sich zu Weisnachten und Ostern wiederholen. Die Klage ist abgewiesen worden, aber auf Vorschlag des Vorsitzenden der betreffenden Kammer ist ein Vergleich zustande gekommen, daß bei der geringen Höhe des Objektes der Tag doch noch nachträglich bezahlt worden ist. Künftig soll das nicht wieder eintreten. Später ist durch Vereinbarung festgelegt worden, daß beim Fehlen an einem Tage, wenn es nicht öfter als einmal im Monate stattfindet, der Tag nicht abgezogen werden soll. Einen Antrag der Gehilfen, die Veräusserlichungsabgabe von 65 Pf. pro Stunde auf 94 Pf. zu erhöhen, wie sie die Schnellmaschinengeheler erhalten, haben die Prinzipale abgelehnt, da dies eine Verletzung des Tarifs bedeuten würde. Die Versammlung nahm hierauf den Bericht von der Schriftgießerkonferenz entgegen. Die Zentralkommission hatte die Konferenz mit Genehmigung des Verbandsvorstandes einberufen. Es handelte sich nicht nur um einheitliche Regelung der Feuerungszulage, die Vereine der übrigen Gliedstaaten von der Zentralkommission erwarteten, sondern um die Gestaltung der bestehenden Lokaltarife, insbesondere um die Frage, ob durch einen Einheitslohn mehr Gerechtigkeit in der Bezahlungsweise an allen Orten eingeführt werden könnte. Die Auffassung ging dahin, daß die Feuerung noch lange nach Friedensschluß anhalten werde, so daß eine bedeutende Erhöhung der Arbeitslöhne als notwendig erscheine und damit eine gänzliche Umgestaltung der bisherigen Schriftgießer-Lokaltarife zu einem Einheitslohn. Die Aussprache auf der Konferenz hat ergeben, daß es nicht so sehr darauf ankomme, einen Einheitslohn zu schaffen, sondern darauf, zu den bestehenden Lokaltarifen einen der Feuerung entsprechenden Zuschlag durchzuführen. Es komme auf die Kraft und den Willen an, die entsprechende Forderung zur Durchführung zu bringen. Der Einführung eines Normaltarifs ständen viele Hindernisse entgegen; schon jetzt, wo Lokaltarife existieren, hat fast jede Gegend für Spezialarbeiten Spezialtarife, die auch ferner-

hin beibehalten werden müßten. Ferner sind die Arbeitsmethoden nicht überall gleich und verschiedene Maschinen-systeme vorhanden, von denen der eine Ort dieses, der andere jenes bevorzugt. Es komme auch darauf an, welche Arbeiten am meisten an diesem oder jenem Orte vorkommen. Es würde eine Riesearbeit sein, aus den verschiedenen Lokaltarifen einen gerechten Normaltarif zu schaffen. Jede Stadt hat ihren Tarif mit Berücksichtigung ihrer besonderen Verhältnisse nach jahrelangen Erfahrungen aufgebracht und hält an den darin enthaltenen vorteilhaften Positionen fest und würde sich sehr dagegen sträuben, etwas davon einzubüßen. Aus diesen Gründen hat die Konferenz sich auf den Standpunkt gestellt, es vorläufig bei den bestehenden Lokaltarifen zu belassen. Trotzdem soll eine Kommission die Tarife in den verschiedenen Gliedstaaten miteinander vergleichen. Die Konferenz beschloß, an Stelle der bisherigen Feuerungszulagen, die 10—20 Prozent zu den Friedenslöhnen betragen, einen 40prozentigen Zuschlag zu fordern. Die Schriftgießer Berlins, die früher zu den besserbezahlten Gewerben zählten, sind durch den Krieg in ihren Einkommensverhältnissen unter den Gewerkschaften an die 34. Stelle gerückt. Die Ursache liegt hauptsächlich darin, daß sie die Lage des Gewerbes zu ihrem eignen Schaden zu sehr berücksichtigt haben. Im Anlange des Krieges fanden Massenentlassungen statt. Im Verlaufe der Kriegsjahre hat sich aber eine gewisse Stabilität ergeben. Es ist ein gewisses Stammpersonal vorhanden, dieses besteht zum größeren Teil aus alten Kollegen, die sich nicht gern vom Berufe trennen und einen geringeren Verdienst in Kauf nehmen, als noch einmal umzulernen und zu einer besserbezahlten Tätigkeit überzugehen. Diejenigen Kollegen, die gezwungen oder freiwillig in der Kriegsinindustrie Beschäftigung haben, stehen sich in ihren Einkommensverhältnissen um vieles besser, als wenn sie in der Schriftgießerei arbeiten würden. Durch die Preispolitik, die den Lebensmittelproduzenten immer höhere Gewinne zuließe, sind die Arbeiter aber gezwungen, auch ihrerseits höhere Arbeitslöhne zu fordern. Die Versammlung machte sich den Wunsch, die Konferenz zu eigen und nahm den Antrag, anstatt der bisherigen Feuerungszulage, die etwa 10—12 Proz. des Lohnes beträgt, eine 40prozentige Zulage zu fordern, einstimmig an. Die Arbeiterinnen haben bereits erreicht, daß ihnen ganz bedeutende Zugeständnisse gemacht wurden; ihre Löhne sind von 20 und 21 Mk. zum Teil auf über 30 Mk. gestiegen, da sie im Ablehnungsfall anderwärts besserbezahlte Arbeit bekommen hätten.

**Borna B. Leipzig.** In der Ortsvereinsversammlung am 3. November erstattete Kollege Immerthal Bericht von der am 28. Oktober in Chemnitz abgehaltenen Bezirksvorsteherkonferenz, auf welcher u. a. der Gehilfenvertreter Bogenski über das Ergebnis der Tarifausstellung in Berlin eingehend berichtete. Die Versammlung erklärte sich einstimmig mit den Beschlüssen des Tarifausschusses einverstanden und sprach ferner den Gehilfenvertretern für ihr stilles Gedenken für die Interessen der Gehilfenlichen Dank und Anerkennung aus. Des weiteren erklärte sich die Versammlung einverstanden mit den Beschlüssen der Bezirksvorsteherkonferenz, die namentlich hinsichtlich des im nächsten Jahr am 18. Juni zu begehenden 50jährigen Gajubiläum gefaßt worden sind, und die natürlich nur dann Wirksamkeit haben, falls bis dahin der Krieg beendet ist. Kollege Immerthal sprach am Schluß der Versammlung die Erwartung aus, daß die vom Tarifausschusse gefassten Beschlüsse auch überall ohne Eingreifen des Tarifamts voll zur Durchführung gelangen möchten.

**Dresden.** (Gaumitgliederversammlung.) Am 31. Oktober erstattete Kreisvertreter Bogenski Bericht über die Sitzung des Tarifausschusses. In leichtverständlicher Weise schilderte er die viertägigen schwierigen Verhandlungen und deren Beschlüsse. Die sehr gut besuchte Versammlung (auch aus der Provinz waren Kollegen anwesend) dankte unsern Vertretern für ihre erfolgreiche Tätigkeit und erklärte sich mit dem Resultat einverstanden, trotzdem die täglich weitergehenden Preissteigerungen durch die beschlossenen neuen Feuerungszulagen nicht ausgeglichen werden können. Mit der Aufforderung, für unbedingte Durchführung der gefassten Beschlüsse einzutreten, schloß Kollege Wendische die Versammlung.

**Essen.** Die aus Anlaß der Berichterstattung über die Tarifausstellung zum 31. Oktober einberufene außerordentliche Versammlung wies einen außerordentlich guten Besuch auf. Neben Kollegen des Ortes wie des Bezirkes hatten auch Mitglieder des Gutesbergbundes und Nichtorganisierte der Einladung Folge geleistet. In feierlicher Weise gab Kollege Albrecht einen erschöpfenden Bericht über die Tagung, der einen Einblick darüber bot, welche ungemein schwierige Aufgabe unsre Sachwalter zu lösen hatten. Lebhafter Beifall ward dem Vortragenden für seine Ausführungen zuteil. In der sich reger gestaltenden Aussprache trat Befriedigung über das in zäher Arbeit diesmal Erreichte zutage, und die Meinung der Versammlung verdrückte sich in der einstimmigen Annahme folgender Resolution: „Die heutige, von tarifreuen Gehilfen zahlreich besuchte Versammlung erkennt die unter den heutigen großen Schwierigkeiten im Gewerbe erreichten Erfolge unserer Gehilfenvertreter an. Wenn auch die gewährte weitere Erhöhung der Feuerungszulagen den gestiegenen Lebensbedürfnissen nicht nachkommen kann, so anerkennt die Versammlung doch, daß der Tarifauschuss dahin gewirkt hat, nach Lage der Verhältnisse eine einigermaßen befriedigende Lösung in der Lohnfrage zu finden. Die Versammlung gibt der Erwartung Ausdruck, daß es dem Gewerbe gelingt, sich die Grundlagen zu verschaffen, die es ermöglicht, den Berufsangehörigen eine der Bedeutung des Gewerbes entsprechende Entlohnung zu sichern.“

**Kalberstadt.** In unserm am 4. November abgehaltenen Versammlung gab Vorstehender Pöble einen ausführlichen Bericht von der Bezirksleiterkonferenz in Halle. Hierbei kam er eingehend auf die Tarifausstellungshandlungen zu sprechen. In der sich anschließenden Diskussion kam zum Ausdruck, daß die in der Tarifausstellung beschlossenen Feuerungszulagen den heutigen Verhältnissen zwar nicht entsprechen, immerhin aber als eine vorläufige Besserstellung anzusehen seien. Hierauf fand noch die Erledigung einiger dringlicher Angelegenheiten statt.

**Hamburg.** (Mitgliederversammlung am 5. November.) Seit der Augusterversammlung sind wiederum sieben Kollegen dem Weltkriege zum Opfer gefallen, deren Andenken in der üblichen Weise geehrt wurde. Kollege Dreier berichtete über die Tarifausstellung, mit deren Resultat die Hamburger Kollegen nicht ganz zufrieden sind. Die jetzt bewilligte Feuerungszulage entspreche in keiner Weise der Verteuerung der Lebensverhältnisse; besonders wurde der frühe Termin der erstmaligen Auszahlung gerügt. Eine Erhöhung der Weihnachtsumstellung wurde einstimmig angenommen; ein Antrag, den Wochenbeitrag auf 2,50 Mk. zu erhöhen, wurde dem Vorstand überwiesen.

**Hamburg.** (Norddeutscher Maschinenfabrikerverein.) Unre Vierteljahresversammlung war gut besucht. Ein sehr beifällig aufgenommenen Vortrag des Herrn Dr. Stapel behandelte das Thema: „Menschenökonomie?“, der den auf den Menschen angewandten Ökonomismus, wie er sich am deutlichsten im Taylor-System ausdrückt, verurteilt und dem Volk-Ökonomischen gegenüber das Recht der lebendigen Menschenseele betont, welches Recht erst auf Grund vollkommener gewerkschaftlicher Organisation durchgesetzt werden könne. Der bekanntgegebene neue Feuerungszuschlag brachte eine längere Aussprache, in der zum Ausdruck kam, daß der Zeitpunkt des Inkrafttretens allzuseit hinausgeschoben und die Erhöhung auch jetzt noch nicht (soweit dieses überhaupt möglich ist) einen gerechten Ausgleich zwischen Lohn und Lebenshaltung herbeiführt. Die Nichtberücksichtigung des Maschinenfabrikminimums bei den vorausgegangenen Feuerungsulagen fand abfällige Kritik.

**Heidelberg.** Die am 3. November abgehaltene Versammlung wies einen befriedigenden Besuch auf; auch zwei Gelbgraue waren anwesend. Ein Mitglied mußte wegen Krankschwerden ausgeschlossen werden. Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildete der Bericht über die Tarifausstellung, der vom Kollegen Conrad (Mainz) in ausführlicher Weise gegeben und von der Versammlung mit größter Aufmerksamkeit entgegengenommen wurde. Mit dem Ergebnisse war man einverstanden. Es zeigte sich nämlich darüber nun Befriedigung, daß die am 26. November in Kraft tretenden weiteren Feuerungsulagen keine Stiefelung auslösen. Den Gehilfenvertretern im allgemeinen und dem Berichterstatter im besondern wurde für ihre erfolgreiche Tätigkeit Anerkennung und Dank gesagt. Im Anschluß an ein zur Verlesung gebrachtes Rundschreiben des Gauverbandes teilte der Vorsitzende mit, daß zum Zwecke der Ersparnis an Heizung und Beleuchtung seit 22. Oktober in sämtlichen Heidelberger Druckereien die durchgehende achtstündige Arbeitszeit eingeführt ist (von 7 $\frac{1}{2}$  bis 4 Uhr, mit halbstündiger Pause von 12 bis 12 $\frac{1}{2}$  Uhr). Einige Angelegenheiten lokaler Natur sowie Verlesung von Geldpost bildeten den Schluß der Versammlung.

**Leipzig.** Eine zahlreiche Kollegenliste hatte sich am 29. Oktober im hiesigen „Volkshaus“ eingefunden, um das Resultat der Verhandlungen des Tarifausschusses entgegenzunehmen. In eingehender Weise berichtete Kollege Bogenski über die Vorbesprechung der Gehilfenpartei und über die Verhandlungen des Tarifausschusses. Zum Schluß seiner Ausführungen brachte der Referent zum Ausdruck, daß nach Lage der Sache und unter Berücksichtigung aller Umstände die Gehilfenpartei mit dem erzielten materiellen Resultat zufrieden sein könne. (Beifall.) Nachdem Kollege Engelbrecht noch einige erläuternde Ausführungen bezüglich der am 26. November in Kraft tretenden Feuerungsulagen gegeben, drückte er seine Anerkennung über die geleistete Arbeit des Tarifausschusses aus. Besonders dankte er dem Kollegen Bogenski, der trotz seines hohen Alters unter den heutigen erschwerenden Verhältnissen die Strapazen der Reise auf sich genommen und in anstrengenden Verhandlungen für die Kollegenpartei mitgearbeitet habe. In der Diskussion kam die Befriedigung über den Fortfall der Stiefelung bei der diesmaligen Feuerungsulage zum Ausdruck. Moniert wurde das späte Inkrafttreten der neuen Feuerungsulagen. Die Arbeitsstundenabgabe fand auch nicht allgemeine Befriedigung. Von anderer Seite wurde entgegen, man solle nicht übersehen, daß es durch freiwillige Vereinarbeitungen zwischen der Prinzipalpartei und Gehilfenpartei wiederum gelungen sei, Lohnvereinbarungen zu treffen für die Buchdruckergehilfen des ganzen Deutschen Reichs. Daß die Gehilfen ohne Rücksicht auf die wöchentliche Lohnhöhe eine gleichmäßige Feuerungsulage erhalten, sei ein erfreulicher Fortschritt.

**Mannheim.** Zu einer gemeinsamen Mitgliederversammlung fanden sich am 4. November die Kollegen der Bezirke Mannheim, Ludwigsafen und Worms hier zusammen, um die Berichterstattung über die Tarifausstellung in Berlin durch den stellvertretenden Gehilfenvertreter Fr. Conrad (Mainz) entgegenzunehmen. Die zahlreich (besonders von auswärts) Erschienenen erlebten ein umfassendes Bild über den Gang der Verhandlungen und deren Schwierigkeiten, denn der Referent verstand es in musterhafter Weise, seine Ausführungen sachlich, interessant und lebendig zu geben. In der alsdann lebhaft gepflogenen Aussprache kam Befriedigung mit dem in der Lohnfrage Ge-

reichen zum Ausdruck, trotzdem es keinen vollen Ausgleich zur gegenwärtigen enormen Steuerung bedeuten kann. Nach Beantwortung verschiedener Anfragen durch den Referenten konnte die anregend verlaufene Verammlung durch Kollegen Gerberich (Mannheim) mit herzlichem Dank an unsre Gehilfenvertreter für ihre geleistete Arbeit und im besondern Kollegen Conrad für seine eingehende Berichtserstattung gelassen werden. Ebenfalls Dank gezollt wurde dem Kassamittelrat Kollegen Schläfers für seine erfolgreiche Vermittlung während der Verhandlungen.

**Mürnberg.** Die am 29. Oktober abgehaltene, sehr gut besuchte Mitgliederversammlung erledigte zunächst einige Vereinsangelegenheiten. Die Feier des 50jährigen Jubiläums der Mitgliedschaft soll in Anbetracht der Verhältnisse bis nach Kriegsende verschoben werden, um auch den jetzt abwesenden Kollegen die Teilnahme zu ermöglichen. Zur Berichtserstattung über die Karlsruhausführung erteilte dann der Vorsitzende dem Gehilfenvertreter Seitz das Wort. Dieser entrollte uns ein Bild von den schwierigen Verhandlungen, dabei auf die Schwierigkeiten hinweisend, die sich in ihrem Verlauf ergaben. Leider sei es trotz aller Bemühungen nicht gelungen, eine Änderung der jetzigen Lohnsätze des Tarifs zu erreichen, dafür sind neuerliche Steuerungsulagen von gleicher Höhe für alle Gehilfen bewilligt worden. Auch in der Lohnzuschlagsfrage bleibe es in Nürnberg bei dem bisherigen Satze. Trotzdem sei das von den Gehilfenvertretern Erreichte als ein Erfolg zu betrachten und den Kollegen die Möglichkeit gegeben, sich leichter den jetzigen Lebensverhältnissen anzupassen. Nach kurzer Diskussion nahm die Verammlung nachstehende Resolution an: „Die am 29. Oktober 1917 in Nürnberg verammelten Gehilfen nehmen mit Befriedigung von dem Erfolge der Bemühungen der Gehilfenvertreter in der Frage der Steuerungsulagen Kenntnis und sprechen den Gehilfenvertretern Dank und Anerkennung aus. Ein voller Ausgleich mit den steigenden Lebensmitteln- und sonstigen Bedarfsartikelpreisen ist aber auch jetzt noch nicht erreicht. Die Verammlung beauftragt daher die Vorstandschaft, beim Karistamte den Antrag auf Subtilung des Nürnberg zutreffenden Lokalschlags von 17 1/2 Proz. zu stellen.“

**Würgburg.** Die Verammlung am 30. Oktober war außergewöhnlich gut besucht, was wohl seinen Grund darin hatte, daß die Berichtserstattung über die stattgebende Karlsruhausführung auf der Tagesordnung stand. Nachdem das Andenken des nach langer Krankheit verstorbenen Kollegen Fritz Claudi in der üblichen Weise gelehrt und einige geschäftliche Mitteilungen erledigt waren, nahm unser Hauptreferent Seitz (München) das Wort, um uns die Ergebnisse der Berliner Tagung vorzutragen. In einflussreichen Ausführungen gab er ein Bild von dem Gange der Verhandlungen, die geführt wurden, um einerseits den Gehilfen das Durchhalten zu erleichtern und andererseits unserm Gewerbe im allgemeinen neue Grundlagen zu geben; um über diese schwere Zeit hinwegzukommen, hierbei auch die Schwierigkeiten bezeichnend, die zu überwinden waren, um die Verbesserungen für die Gehilfen durchzuführen. Reicher Beifall lohnte dem Referenten für seine interessanten Ausführungen. In der Diskussion wurde allseitig zum Ausdruck gebracht, daß unsern Gehilfenvertretern für die immerhin anerkanntenswerten Erfolge der Dank gebührt, daß aber anderseits die neuerlichen Zulagen auch nicht im entferntesten einen Ausgleich bieten für die täglich sich steigende Steuerung. Scharf verurteilt und schwer empfunden wurde der späte Einberufungstermin der neuen Steuerungsulagen.

fließ. Dieser Betrag, der gerade jetzt zur Einlegung des Winterbedarfs sehr gut angebracht ist, hat bei sämtlichen Beteiligten allgemeine Freude erweckt.

**50 Jahre Bestehen der Reclamischen Universalbibliothek.** Der am 1. Oktober 1828 gegründete, allgemein bekannte Verlag Philipp Reclam jun. in Leipzig verlegte in der ersten Zeit seines Bestehens hauptsächlich politische Schriften, Musikalien, Wörterbücher und Klassikerausgaben, dazu folgten am 15. November 1867 die ersten Bände der Universalbibliothek, die heute etwa 6000 Nummern zählt. Seitdem hat sich diese voluminöse Sammlung in vielen hundert Millionen von Bänden auf der ganzen Welt eine unerreichte Verbreitung gesichert und zu einem der bedeutendsten Kulturfaktoren entwickelt. Etwa 2000 Bücherautomaten auf den Bahnhöfen dienen allein dem lesenden Publikum, während bei den großen Bedarfsverhältnissen für das Heer praktische „tragbare Feldbüchereien“ mit je 100 Bänden Inhalt eingerichtet wurden. Zur Herstellung der Verlagswerke mit „Reclams Antwerpen“ dient eine eigene, modern eingerichtete Buchdruckerei von über 60 Schnellpressen.

**Fälschung von Zeitungen.** Aber die Fälschung von Zeitungen, die zu den alten Hilfsmitteln der Entente-propaganda gehört, laufen gegenwärtig wieder Nachrichten durch die Tagespresse. Nach den Fälschungen einzelner Nummern der „Baller Nationalzeitung“, der „Frankfurter Zeitung“, der „Straßburger Post“ und des „Militärwochenblatts“ war nunmehr die „Gazette des Ardennes“ an der Reihe. Eine gefälschte Nummer dieser deutschen Kriegszeitung vom 4. September ist über dem besetzten Gebiete Nordfrankreichs abgeworfen worden. Man begnügt sich danach auf Seiten der Entente nicht mehr mit der Täuschung der Neutralen, sondern betreibt nun auch die Täuschung der eignen Volksgenossen. Das ist allerdings ein gefährliches Spiel; es zeugt keineswegs von starker moralischer Kraft.

**Professor Adolf Wagner †.** Adolf Wagner, der berühmte Volkswirtschaftler an der Berliner Universität, ist am 8. November im Alter von 82 Jahren gestorben. Der Verstorbenen gehörte neben Brentano und Schmoller zu den großen Volkswirten, deren Namen mit dem Werden der neueren deutschen Nationalökonomie aufs engste verknüpft sind. Am 25. März 1835 in Erlangen geboren, absolvierte er seine Studien an verschiedenen deutschen Hochschulen und begann seine eigentliche Laufbahn 1858 als Lehrer der Handelsakademie in Wien. Darauf folgte eine zweijährige Tätigkeit an der kaufmännischen Fortbildungsanstalt in Hamburg und danach die Berufung Wagners als Universitätsprofessor, auf welcher er zuerst in Dorpat, dann in Freiburg und seit 1870 in Berlin tätig war. Dort entfaltete der vielseitig begabte kein reiches Können in dem nationalökonomischen Wissensgebiet und wurde zum unerlöschlichen Vorläufer des „Kathedersozialismus“. Die Anhänger jener Richtung der Nationalökonomie erblickten in ihrem Herrn- und Meister in der Sozialpolitik ein bewährtes regulierendes Eingreifen des Staates mit Mitteln der Gesetzgebung, der Verwaltung und Finanz in die Vorgänge des sozial-wirtschaftlichen Lebens, der Güter- und Gewinnverteilung, zur Beseitigung oder Verminderung der Lücken und Mängel, die beim freien Spiele der Kräfte sich zeigen. Dieses staatliche Eingreifen erschien den „Kathedersozialisten“ als Pflicht und als Angelegenheit der gesamten Nation. Im Einklang damit fand die Gründung des Vereins für Sozialpolitik, der eine Verbesserung der sozialen Zustände durch die Gesetzgebung erstrebte. Ebenso groß wie die Ehrungen und Anerkennungen, die Adolf Wagner wegen seines lebensschafflichen Eintretens für Sozialpolitik und Staatssozialismus von sozial Einflüssigen zuteil wurden, war die Gegnerschaft, die er bei sozial Rückständigen fand. In der Geschichte der deutschen Wissenschaft wird der Name Professor Dr. Wagners auf immer zu den leuchtendsten gehören. Dafür sorgt schon die große Zahl seiner nationalökonomischen Werke, Schriften und Aufsätze. Aber auch in der Arbeiterbewegung, die gewöhnt ist, das Gute zu nehmen, wo es sich ihr bietet, wird man Adolf Wagners unablässiges Wirken im Dienste der Wahrheit nicht vergessen.

**Klassenbewusste Techniker.** Das nach und nach in den Reihen der Angestellten, namentlich im Technikerberufe, gewerkschaftliche Bestrebungen Eingang finden, fordert selbstverständlich die Wut des deutschen Unternehmertums heraus. Vor allem kann sich die „Deutsche Arbeiterzeitung“ schlecht in die Neuordnung dieser Dinge finden, denn die Techniker und ähnliche Angestellte bilden zum großen Teil die Stütze der rückständigen Arbeiter. Die „Deutsche Arbeiterzeitung“ befaßt sich in der letzten Zeit des Hiers mit den Forderungen für die Zeit nach dem Krieg und ist der Meinung, daß die guten Seiten des Hilfsdienstgesetzes, insbesondere die Schlichtungsinstanzen, in irgendeiner Form hinübergerettet werden müssen. Ferner kann die „Technikerzeitung“ nicht einsehen, warum die Arbeitgeber mit den Angestellten der Arbeiterverbände wohl verhandeln, ihre Auftraggeber aber immer abgelehnt werden. Die „Deutsche Arbeiterzeitung“ begründete die Ablehnung dieser selbstverständlichen Forderungen damit, daß in der „Technikerzeitung“ zu sehr die Lust des Klassenkampfes wehe, und daß die Kritik an den Lohnverhältnissen und an dem Verhalten den Gehilfen gegenüber die Arbeitgeber nicht zu einer Änderung ihrer Haltung ermuntere. Aus diesem Urteile des Scharfmacherorgans ersehen die Techniker, daß sie endlich auf dem richtigen Wege sind. Die Arbeitgeber werden sich an das selbstbewusste Auftreten ihrer Angestellten wohl oder übel gewöhnen müssen.

**Volkshund für Freiheit und Vaterland.** Unter Beteiligung der wichtigsten Arbeiter-, Angestellten-, Beamten- und Wirtschaftersorganisationen wird demnächst die Gründung eines Volkshundes für Freiheit und Vaterland als Gegen-

gewicht gegen die Deutsche Vaterlandspartei mit ihrer kriegsverlängernden Propaganda eine vollgesehene Tatsache werden. In einer letzten abgehaltenen Konferenz von Vorstand, Ausschuss und Beirat des Arbeiterverbandes wurde bereits debattiert und einstimmig der Anschluß an den Volkshund für Freiheit und Vaterland, den die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands empfiehlt, beschlossen. Es wurde sodann mitgeteilt, daß der Volkshund keine neue Partei sein will. Er soll vielmehr die Arbeiter-, Beamten- und Angestelltenverbände aller Richtungen und andre wirtschaftliche Organisationen des arbeitenden und schaffenden Volkes zum Kampfe für den freibleiblichen Ausbau Deutschlands und die baldige Herbeiführung eines glücklichen Friedens zusammenfassen. Die Gründungsverammlung des Volkshundes, für den sich Organisationen mit mehr als 10 Millionen Mitgliedern interessieren, soll in der nächsten Woche endgültig vollzogen werden.

**Aushebung der Zensur.** Während sich der Reichstag in seiner letzten Tagung angelegentlich um die Beschränkung der Zensur auf rein militärische Angelegenheiten bemühte, hat der höchste militärische Machthaber des VII. Armeekorps in Münster eine ganz besonders weite Ausdehnung der Zensur angeordnet, indem er die Vorsitzenden der Schlichtungsausschüsse auf Gehilfen der Zeitungszensur machte. Er bestimmte nämlich, daß alle Zeitungsberichte über die Sitzungen der Schlichtungsausschüsse vor ihrem Erscheinen den Vorsitzenden dieser Ausschüsse vorgelegt werden müssen. Es soll über diese Sitzungen nur „sachlich“ berichtet werden dürfen, und die neuen Gehilfen der Zensur sollen die Berichte daraufhin prüfen. Die neue Verordnung ist darauf zurückzuführen, daß die Berichte aus den Schlichtungsausschüssen der Öffentlichkeit wiederholt Mißstände in der Rüstungsindustrie und auch in andern Gewerben mitgeteilt haben. Gerade darin war natürlich der Hauptwert dieser Berichte zu erblicken. In den nach Vorbericht der militärischen Zensur kritisierten Berichten hat niemand ein Interesse.

**Von der „Volkshilfe“.** Die gewerkschaftlich-gewerkschaftliche „Volkshilfe“ hat auch in den Monaten August und September wieder außerordentliche Erfolge erzielt. Es wurden nämlich in den beiden genannten Monaten nicht weniger als 6667 Neubeschlüsse gemacht, genau viermal so viel wie in den entsprechenden beiden Monaten des Jahres 1915. Die Vorgänge der „Volkshilfe“, bei der die Beginnleistungen einzelner Personen als Aktionäre weglassen, treten um so klarer hervor, wenn man sich die Geschäftsergebnisse der privatkapitalistischen deutschen Lebensversicherungsunternehmen, die trotz der Kriegsstöße gute Geschäfte machten, betrachtet. Die 42 bedeutendsten Gesellschaften erzielten im Jahre 1916 bei einer Prämieinnahme von über 700 Mill. Mk. einen Überschub von 198759913 Mk. Davon wurden den Gewinnreserven der Versicherer 166940267 Mk. aufgeschrieben, die Aktionäre der 28 Aktiengesellschaften erzielten 92283222 Mark als Dividende, während an Entzinsen für Vorkände und Aufsichtsräte im ganzen 3251742 Mk. zur Auszahlung gelangten. Bei der gemeinnützigen „Volkshilfe“, die nur Volksversicherung betreibt, ist der Dividendenbetrag der Aktionäre nur auf 4 Proz. festgelegt; alle Überschüsse fließen deshalb den Gewinn- und Fürsorgereserven zugunsten der Versicherer zu.

**Vom Leipziger Konsumverein.** Der Leipziger Magdeburger Konsumverein, der zweitgrößte Deutschlands, erzielte in seinem letzten, am 30. Juni abgeschlossenen Geschäftsjahre einen Umsatz von 26 Mill. Mk., wobei ein Reinerüberschub von 1,2 Mill. Mk. erübrigt wurde. Die Mitgliederzahl betrug am Ende des Geschäftsjahres 69000. Die Einlagen in der Sparkasse liegen von 2,8 Millionen am Jahresanfang auf 3,4 Millionen am Jahreschluß. Die Produktivbetriebe der Genossenschaft haben gut weitergearbeitet; die große Schlächterei liefert gegenwärtig u. a. für 60 Munitionsfabriken, mehrere Eisenbahnämter und drei Oberpostdirektionen.

**Die teuersten und die billigsten Städte.** Im September waren nach Calwers Statistik Chemnitz mit 74,40 Mk., Plauen i. V. 69,90 Mk., Solingen 68,97 Mk., Sierkade 68,10 Mk., Hagen mit 64,20 Mk. Wochenanwände an Lebensmitteln für eine vierköpfige Familie die teuersten Orte. Die billigsten dagegen Ulm mit 45,48 Mk., Graudenz 44,76 Mk., Sigmaringen 44,64 Mk., Köslin 44,25 Mk., Allenstein mit 42,99 Mk.

**Kundgebung des Deutschen Wohnungsausschusses.** Eine eindrucksvolle Kundgebung zur Herbeiführung beschleunigter Maßnahmen auf dem Gebiete der Wohnungsreform veranstaltete der Deutsche Wohnungsausschuss am 30. Oktober d. J. in den „Reichstagskellern“ in Berlin. Es beteiligten sich an ihr in großer Zahl nicht nur die Vertreter der eigentlichen Wohnungsreformkommissionen, sondern es war weit darüber hinaus eine Kundgebung der großen an der Abklärung und Vorbeugung der Mißstände interessierten Volksschichten überhaupt, die durch zahlreiche Abgeordnete der einschlägigen großen Organisationen vertreten waren. Die an der Frage beteiligten Behörden, wie Reichswirtschaftsamt, Reichsausschuss, Reichsmarineamt, die preussischen Ministerien für öffentliche Arbeiten, für Handel und Gewerbe, des Innern, für Landwirtschaft usw., die Landesverordnungsanstalten, Gemeinden und sonstigen Kommunalverbände hatten ebenfalls Vertreter entsandt. Auch der Reichstag und die beiden Häuser des preussischen Landtags waren durch eine Anzahl ihrer Mitglieder vertreten. Die zur Verhinderung des an vielen Orten drohenden Wohnungsnotstandes in erster Linie dringend erforderlichen Maßnahmen behandelte Professor Dr. C. J. Fuhs (Tübingen) in längerem Vortrage. Nach einmütigen Zustimmungserklärungen von Reichstags- und Landtagsabgeordneten der verschiedensten politischen Rich-

## ○○○○○○ Rundschau ○○○○○○

**Von Buchdruckern im Kriege.** Von den im Felde stehenden Mitgliedern untrer Organisation erhielten das Eiserne Kreuz: Heinrich Böhm, Oskar Heinrich, Max Meinel, Erich Meyer, Max Müller, Hans Schmichen, Richard Plarre und Franz Wöllner (Allenburg), Jakob Oldaner (Alzen), Emil Duchâteau (Wienberg), Jakob Gustav Behrens, Arthur Obe und Wilhelm Weib (Berlin), Walter Modler (Breslau), Georg Finemann (Sann-Münden), Paul Mende (Sannau), Jakob Wöllner (Kallerslautern), Franz Luth (Karlsruhe), Paul Wenning (Langelalag), Will Böhler (Leipzig), Theodor Altermann (Meerane), Franz Busche (Schwelm), Otto Saiber (Schiffgr) sowie Franz Haas und Franz Werner (Worms). Damit haben bis jetzt 4518 Verbandskollegen diese militärische Auszeichnung erhalten.

**Nachahmensewerte Beispiele.** Die Firma S. M. Richters & Co. B. V. in Würgburg gewährt ihrem Personal eine außerordentliche Kriegsteuerungsbeihilfe in Höhe von einem doppelten Wochenlohn bzw. halben Monatsgehalt und außerdem für jedes Jahr der Geschäftstätigkeit noch einen Betrag von 2 Mk. Die Gesamtheilföigkeit betrug rund 10000 Mk. Dieses Entgegenkommen ist um so anerkanntenswerter, als die genannte Firma im Laufe der letzten Jahre mehrmals aus verschiedenen Anlässen dem Personal größere Zuwendungen machte. — Die Geschäftsbücherei Vater & Schneider in Heilbronn, welche den verheirateten Ausmarschiereten ihres ganzen Personals seit Kriegsbeginn die Hälfte des Lohnes zahlt und seit Januar 1917 sämtlichen Verheirateten eine monatliche Kinderzulage von 5 Mk. für jedes Kind bewilligt, hat neuerdings in erfreulicher Weise ihrem Personal gegenüber Verständnis gezeigt, indem sie sämtlichen seit Kriegsbeginn bei ihr tätigen Arbeitern und Arbeiterinnen für jedes Kriegsjahr einen Sonderwochenlohn und jedem ihrer Angestellten eine größere Summe überreichen

lungen und einer größeren Anzahl von Vertretern der Verbände, insbesondere der Arbeiter- und Angestelltenverbände, wurden die vorgelegten Entwürfe einstimmig zum Beschlusse der Versammlung erhoben. Gefordert werden insbesondere rasche Erledigung des preußischen Wohnungsgesetzes, Ausgestaltung des Enteignungs- und Verkaufsrechts, billige Vergabe fiskalischer, kommunaler und sonstigen öffentlichen Landes, Gewährung großer Darlehen und Bürgschaften für den Wohnungsbau durch Reich, Staat und Gemeinde, Errichtung einer Zentralstelle für die gesamte Wohnungsfürsorge im Reichsamt des Innern und einheitliche Wohnungsreform für wirtschaftlich zusammenhängende Gebiete. Wünschen nun endlich von den zuständigen Stellen durchgreifende Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele erfolgen, die von dem einstimmigen Willen aller getragen werden, denen der Wiederaufbau der deutschen Volksgesundheit und der deutschen Volkskraft am Herzen liegt.

**Verchiedene Eingänge.**  
„Der Maschinenmeister im Buchdruckgewerbe.“ Mitteilungen der Zentralkommission der Maschinenmeister Deutschlands. Nr. 2.

7. Jahrgang. Aus dem Inhalt: Andre Seiten — neue Regel Was beim Einlernen von Rotationsdruckern zu beachten ist; Perforieren auf Schnellpresse und Regel. Zu beziehen durch H. Hepler, Berlin SW 47, Möckernstraße 84.  
„Freiheit, Recht und parlamentarisches System.“ Von Julian Borchardt. 16 Seiten. 40 Pf. Verlag von Fr. W. Grunow in Leipzig.

**Briefkasten.**

**W. A. in B.:** Der „Briefkastenheft“ den man auch sonst weniger in Anspruch nehmen sollte, weil die Redaktion, wie vor etwa Jahresfrist mit ausnahmeweiser Deutlichkeit und Klarheit festgestellt wurde, kein allgemeines Auskunftsbureau sein kann, verweist auf das im „Schuljahrheft“ (Nr. 150) im vorletzten Abschnitte Gesagte. — **P. P. in B.:** Als Antwort können wir nur sagen, daß Ihre Anfrage größter Inhaft ist. — **S. P. in S.:** Es ist merkwürdig, unter welchen Vorstellungen so manche Beurteilung erfolgt. Die Betroffenen sollten nur selbst in dieser Kampflinie stehen, sie würden dann erfahren, was es heißt, die Stellung vorzutragen. Freunlichster Dank aber für die Gelegenheit, dies sagen zu können. In der andern Frage werden wir in aller Kürze die Verfolgung da annehmen, wo in Nr. 120 und 123 die spezialisierte Behandlung ausgeführt hat, um in Berlin zwischen durch für die Sache mündlich zu wirken. — **A. A. in Berlin:** 2,15 Mk. — **W. S. in Aachen:** 2 Mk. — **S. D. in München:** 3,05 Mk. — **B. in Gené:** 4,25 Mk.

Verbandsnachrichten  
Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamißplatz 511.  
Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

**Zur Aufnahme gemeldet**

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelegte Adresse):  
Im Gau Bayern die Seher 1. Kurt Fink, geb. in Pforzheim 1898, ausgl. in Schönwald (Ost.) 1914; 2. Johann Ruppel, geb. in Banreuth 1900, ausgl. das. 1917; 3. Albert Geiser, geb. in Tahr i. B. 1899, ausgl. das. 1917; 4. Georg Wenzel, geb. in Sennfeld 1899, ausgl. in Schweinfurt 1917; waren noch nicht Mitglieder. — Joseph Seitz in München, Solzstraße 24 I.

**Verammlungskalender.**

Berlin. Maschinenmeisterversammlung heute Dienstag, den 13. November, abends pünktlich 8 Uhr, im „Graphischen Vereinshaus“, Alexandrinenstraße 44.  
München. Korrektorenversammlung Sonntag, den 25. November, vormittags pünktlich 9 1/2 Uhr, im „Tannenbaum“, Kreuzstraße 26.

**Königl. Sächsische Landes-Lotterie**  
— 110.000 Lose — 55.000 Gewinne — 1 Prämie in 5 Klassen.  
Ziehung 1. Klasse u. 6. Dez. 1917.  
800.000  
300.000  
150.000  
Klassenlose (in jeder Klasse) M 50.  
Voll-Lose (für alle Klassen) M 250.  
Paul Lippold Leipzig  
Postcheckkonto: 50726 Leipzig

Wegen militärischer Einberufung jüngerer Leute suche möglichst sofort einige im Akzidenz- und Interzelenab erfahrene, möglichst militärische

**Schriftsetzer**

Ernst Marks, „Generalsanzeiger“, Wilhelm (Kuh).

**Maschinenmeister, Typograph- und Monotypsetzer Akzidenzsetzer, Werksetzer**  
jedoch nur tüchtige Kräfte, werden in dauernde Stellung gesucht. Oscar Brandtler, Leipzig.

**Tüchtige, selbständige Maschinenmeister**

(auch Kriegsbeschädigte) sofort gesucht. Oskar Reiner, Leipzig, Königsstraße 26 B. 1122

**Tüchtige Maschinenmeister**

(auch Kriegsbeschädigte) für Dreis- und Vierfarbendruck (Vollfarbendruck) sofort gesucht. Es können sich auch Herren melden, die sich in obigen Druckverfahren weiter ausbilden wollen und gute Anlagen dafür besitzen. Angabe des Alters und der Gehaltsansprüche erbeten. 1330  
Max Bethfels, Buch- und Kunstdruckerei, Stuttgart, Immenhofstraße 17 a.

**Junge Maschinenmeister**

die sich in seinem Farben- und Wertpapierdruck ausbilden wollen, werden gesucht von 1371  
W. Bügenstein, Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/1.

**Rotationsmaschinenmeister**

für 16stellige bänderlose Frankenthaler sofort in dauernde Stellung gesucht. 1301  
„Schiffische Bergwacht“, Waldenburg i. Schl.

**Schriftsetzer**

für dauernd gesucht. 1344  
„Beuthener Zeitung“, Beuthen (O.-Schl.).

In Franke Buchdruckerei in Sabelschwerdt können bald einreisen: 1361

**zwei Schriftsetzer**

wenn möglich mit dem Drucke vertraut.

**Typographsetzer**

und **Handsetzer** (allenfalls Kriegsbeschädigte) sucht 1373  
Georg Pannen, Wilm.

Militärfreie, zuverlässige, mit Anlageapparat Universal (Typ 1914) verkaufe 174

**Maschinenmeister**

für „Illustrations“, Werz- und Plattendruck sowie wichtige berechnende

**Werksetzer**

für sofort oder später gesucht. 1384  
Hof- und Steindruckerei  
Dietrich & Bräcker, Weimar.

**Ein Maschinenmeister**

zum möglichst baldigen Eintritt gesucht. 1384  
Oberhändische Hof- und Kunstbuchdruckerei,  
Wismar i. Meckl.

**Maschinenmeister**

(auch Kriegsbeschädigte) gesucht. 1370  
Rauische Buchdruckerei,  
Berlin S 14, Stallstraße 5.

**Tüchtiger Werkdrucker**

findet bei uns Stellung. 1152  
Pierersche Hofbuchdruckerei, Altenburg (S.-M.).

**Rotationsmaschinenmeister**

Wir suchen zum baldigen Eintritt zur Bedienung einer 16stelligen Jollingsrotations einen zuverlässigen Maschinenmeister, der in der Lage ist, einen einwandfreien Druck zu erzielen. Bewerber, die in der Stereotypie bewandert sind, erhalten den Vorzug. (Tagesarbeit.) Angabe mit Zeugnisabschriften und Angabe der Ansprüche an die „Kaffee Neuesten Nachrichten“. 1381

**Schweizerdegen**

oder **Maschinenmeister** (auch Kriegsbeschädigte) gesucht. 1372  
F. W. Selig Buchdruckerei,  
Gölp i. B.

**Stereotypsetzer**

oder **Seherstereotypsetzer**

der sich in der Rundstereotypie ist, kann alsbald oder später bei uns einreisen. Angabe mit Zeugnisabschriften und Ansprüchen an die „Kaffee Neuesten Nachrichten“. 1380

**Werkstereotypsetzer**

findet bei uns dauernde Stellung. 1332  
Pierersche Hofbuchdruckerei, Altenburg (S.-M.).

**Behrling**

für Ostern 1918 in unsere galvanoplastische Anstalt gesucht. Mit Schulzeugnissen zu melden bei 3522  
Gierow & Meusch, Leipzig, Seeburgstr. 98.

**Schriftsetzerlehrling**

gesucht. 1379  
Schriftsetzerei Ludwig Wagner,  
Leipzig, Wabersbergerstraße 1a.

Im Ausland ist das Druckhandbuch „Wie soll ich zurecht“ in holländischer und dänisch-norwegischer Sprache erschienen. Zweitverarbeitete Auflage. Preis 1,70 Mk. geb. postfrei. Voreinsendung über Nachnahme vom Verleger  
W. Raab, Stuttgart, Ludwigsstraße 20. 1259

**Kriegsdruckfächer**

Kriegsstellungen, Gefangenlagerstellungen, Fliegerzeitung usw. kann  
Ingenieur Mankemüller, Bonn a. Rh. 1319

**Königl. Sächs. Landes-Lotterie**

Ziehung 1. Klasse 5. u. 6. Dez.

800000
500000
300000
200000
150000
100000

Lose 5. 10. 25. 50.  
Versand auch ins-Feld.  
Martin Kaufmann,  
Kgl. Sächs. Staats-Lott.-Einn.  
Leipzig, Windmühlenstr. 45

345] **Beilenmaß** mit sämtlichen Einstellungen 20 Pf.  
C. Friß, Mainz, Mainstraße 30.

Wiederum ereille uns die Trauerbotschaft, daß einer unserer lieben Kollegen, der Seher 1376

**Karl Denzner**

am 24. Oktober gefallen ist.  
Auch diesem Kollegen wird stets ein ehrendes Andenken bewahren  
Der Ortsverein Jena.

Als sechster aus unserer Mitte fiel in diesem Völkerringen unser lieber Kollege, der Seher 1377

**Karl Denzner**

dessen Andenken werden wir stets in Ehren halten.  
Die Kollegen der „Weltmarischen Volkszeitung“, Jena.

Wieder haben wir den Tod eines lieben Kollegen zu beklagen. In einem Krankenhause im Hilen verschied der Seher 1369

**Karl Rohwedder**

Ehre seinem Andenken!  
Ortsverein Kemlich,  
Bezirksverein Altdenz.

Wiederum ist ein uns lieber und braver Kollege in diesem Völkerringe gefallen, der Maschinensetzer 1374

**Hugo Wurm**

Garderegulierer  
Inhaber des Ehrenkreuzes II. Klasse geb. in Neulies bei Elberfeld.  
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm  
Die Verbandsmitglieder des „Namburger Freundensblatts“.

Nach 36 Monaten Kriegsdienst fiel am 11. Oktober unser liebes Mitglied, der Schweizerdegen 1367

**Hermann Finelische**

aus Reichenbach (O.-M.).  
Ein dauerndes Andenken ist auch diesem Kollegen gesichert.  
Ortsverein Grlitz,  
Graphischer Klub Grlitz,  
Gesangverein „Gutenberg“.

Von den zur Zeit Beurlebten sind untererwartet schnell verschieden die Kollegen

**Chr. Brinzing**

Maschinensetzer aus Scharnhauens,  
**Eugen Spieth**  
Stereotypsetzer aus Obergöttingen.  
Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.  
Ortsverein Göttingen,  
Typographischer Klub Göttingen.

Schon wieder haben wir den Verlust von zwei lieben Kollegen zu beklagen. Am 9. September erlitt den Heldentod der Seher 1363

**Gustav Adolf Leicht**

Unteroffizier, Inhaber der Silbernen Verdienstmedaille und des Ehrenkreuzes aus Göttingen bei Karlsruhe, und der Drucker

**Friedrich Faßt**

aus Kirchheim.  
Beiden Kollegen wird ein ehrendes Andenken bewahren  
Der Bezirksverein Göttingen.

Im Weltkrieg fielen zwei unserer lieben Kollegen: am 11. August der Seher 1378

**Kurt Nieprecht**

aus Leipzig, am 18. Oktober der Seher  
**Erich Bergner**  
aus Altenburg.  
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihnen  
Der Bezirksverein Altenburg.

Am 3. November entschlief nach langem, qualvollem Leiden unser werter Kollege, der Schriftsetzer 1368

**Emil Kapprolatis**

im 50. Lebensjahre.  
Ehrend gedenken seiner  
Die Schriftsetzerei der Firma  
Emil Gursch, Berlin.

Am 23. Oktober verschied unser liebes Mitglied, der Seherinwalde, Kollege

**Ludwig Graf**

aus Mannheimel, im Alter von 68 Jahren.  
Am 6. November verstarb nach langem, schwerem Leiden unser liebes Mitglied, der Seher 1375

**Anton Andr. Schäfer**

aus Andau, im Alter von 50 Jahren.  
Wir werden den beiden Kollegen ein ehrendes Andenken bewahren.  
Mitgliedschaft München.